

Große Sorge vor den Folgen

Stellungnahme | IG Verkehr gegen Städteinitiative-Beitritt

Lörrach. Die IG Verkehr reagiert mit einer Stellungnahme auf die Verlautbarungen von Grünen, SPD und Verwaltung zum Gesamtverkehrskonzept. Sprecherin Natali Fessmann schreibt: „Es ist richtig, dass geringere Geschwindigkeiten zu mehr Sicherheit, Lärmreduzierung und mehr Lebensqualität führen können, vorausgesetzt, das Einhalten der vorgeschriebenen Geschwindigkeit wird kontrolliert. In Lörrach ist es nicht der Fall. Es ist anzunehmen, dass auch der Beitritt zur Städteinitiative nichts daran ändern wird. Das Einzige, was sich ändern könnte, wäre vollkommene Freiheit des zuständigen Fachbereichs darüber zu entscheiden, wo 30er-Zonen einzurichten sind, was nur dann als ein Vorteil zu betrachten wäre, wenn Lörrach über Fachleute im Bereich Mobilität und Verkehr verfügen würde, die die ganze Stadt gleichermaßen in Betracht ziehen würden, ohne Unterschiede zu machen und für Vor- oder Nachteile zu sorgen.“ Ohne Fachleute könnte sich laut der IG Verkehr der Beitritt zur Städteinitiative für einen Teil der Lörracher als ein Nachteil erweisen, weil über die Einrichtung von 30er-Zonen nur Laien



Natali Fessmann Foto: zVg

willkürlich entscheiden würden.

Das Fehlen von Fachleuten führte nach Darlegung von Fessmann in Lörrach bereits zu ungerechtfertigten Verkehrsbelastungen mancher Straßen und folglich zu massiven Verkehrsbelastungen anderer Straßen. „Die Überlegungen der Anwohner der benachteiligten Straßen, die die Verkehrspolitik der Stadt beobachten, zielen darauf, dass der Beitritt Lörrachs zur Städteinitiative sie noch mehr und dieses Mal endgültig benachteiligen würde. Sie gehen davon aus, dass anfänglich recht viele Straßen zur 30erZone erklärt werden.“ Im weiteren Schritt

könnten laut der IG Verkehr manche von ihnen aus unklaren Gründen in Fahrradstraßen umgewandelt werden, mit der Folge, dass umliegende Straßen mehr Verkehr aufnehmen und an Lebensqualität verlieren müssten.

Weiter schreibt die Sprecherin: „Der eher unverbindliche Verweis der Verwaltung auf die Machbarkeitsstudie für die Tram, die kürzlich vergeben wurde, zuvor aber unbeachtet mehrere Jahre in einer Schublade verbracht hat und auf ein Gesamtverkehrskonzept, das in Angriff genommen werden soll, nachdem ein Fachbüro gefunden werden wird, bedeutet nicht, dass wirklich zu Bewegung im Bereich ÖPNV-Ausbau und Mobilität und Verkehr gekommen ist. Mit dem Beitritt zur Städteinitiative möchte die Lörracher Verwaltung vielleicht größere Rolle auf der Bundesebene spielen, was eventuell im Gegensatz zu Erwartungen der Lörracher Bevölkerung steht, die annimmt, dass die Verwaltung ihre ganze Aufmerksamkeit und Zeit der Lösung der vielen, ungelösten Probleme vor Ort widmet.“ Die Verwaltung sei im Begriff, das Vertrauen vieler Anwohner endgültig zu verspielen.